

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 265

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatlich 150.— M.

Halver

Montag, den 13. November 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 8.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 20.— M.,
Offerten-Befolgung 10.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Mitglieder der Reparationskommission haben am Freitag mittag Berlin wieder verlassen und sind nach Paris zurückgekehrt.

* Zwischen der Regierung und den Parteiführern finden gegenwärtig neue Beratungen über die Erweiterung der Reparationskommission statt.

* Der Reichsrat beschloß, daß die Grenze des steuerbaren Einkommens, für welches 10 % Steuer erhoben werden, auf das Vierfache erhöht werden soll.

* Professor Einstein hat den Nobelpreis für Physik für das Jahr 1921 erhalten.

* Der französische Senat hat nach einer neuen Hebride Poincaré der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Nach dem Besuch.

Unterhalb Wochen sind die Mitglieder der Reparationskommission unsere Gäste in der Reichshauptstadt gewesen, und mit Denkschriften, Ausarbeitungen und Noten aller Art reich beladen, haben sie am Freitag mittag die Rückreise nach Paris angetreten. Aber schon am Donnerstag hatte ihr Herr und Meister Poincaré sich eine freundwillige Interpellation im Senat bestellt, um den letzten, doch wohl nicht ganz eindrucklos gebliebenen deutschen Erklärungen unverzüglich wieder seine Auffassung der Reparationsfrage entgegenzustellen. Dabei ihn die im Augenblick noch ungelärten Beziehungen zu dem neuen englischen Kabinett wohl zu besonderer Vorsicht bestimmten. Aber der französische Ministerpräsident weiß trotzdem, daß, was er meint, immer so unmißverständlich anzudeuten, daß ein Zweifel über seine eigentliche Sinnesrichtung nicht gut möglich ist. Die Illusion jedenfalls, als ob in Berlin eine irgendwie entscheidende Wendung in der internationalen Lage auch nur angebahnt worden sei, die hat Herr Poincaré einigermaßen gründlich zerstört.

Im wesentlichen wußte er abermals nur von Garantien und Pfändern, von Sanktionen und Zwangsmaßnahmen zu sprechen; nicht so, als wenn er sie heute schon anwenden wollte; eine Gnadenfrist bis zur Brüsseler Konferenz soll uns immerhin noch geschenkt sein; aber in Brüssel werde es sich endgültig entscheiden, ob Frankreich das, was es braucht, mit Zustimmung seiner Verbündeten erhalten könne, oder ob es sich nun doch zu einseitigem Vorgehen gegen Deutschland zu entschließen habe. Von internationalen Anleihen zu sprechen, hat er uns zwar nicht direkt verboten, aber darüber keinen Zweifel gelassen, daß sie nicht für Stabilisierung, sondern höchstens für Reparationszwecke zur Verfügung stehen müßten. Und ohne eine gründliche Kontrolle der Finanzen ist Herr Poincaré schon gar nicht für irgendeine Erleichterung unserer Lage zu haben. Daß England im Sommer dieses Jahres zu einem Einkommen bereit schien, hat er heute noch nicht völlig überwunden. Da er es aber nicht mehr mit Lloyd George, sondern mit einem ausgesprochen franzoisfreundlichen Kabinett zu tun hat, flocht er in seine Rede die Bemerkung mit ein, daß ein Vorgehen Frankreichs ohne Einverständnis und Mitwirkung der Verbündeten niemals die gleiche moralische und materielle Wirkung haben werde wie eine gemeinsame Aktion. Bonar Law, der Nachfolger Lloyd Georges, hat ja unmittelbar nach seiner Ernennung nichts Günstigeres zu tun gehabt, als Frankreich die Hand zur Freundschaft hinzureichen. Herr Poincaré will sie natürlich gern ergreifen, vorausgesetzt nur, daß man in der deutschen Frage seinen Ratsschlagen Folge leistet. Der deutschen Regierung gegenüber ergeht er sich auch jetzt noch immer in den gleichen Vorwürfen und Verdächtigungen, die man von ihm nun schon seit Jahren gewöhnt ist. Und damit wird wohl wieder einiges Wasser in den Wein der Begeisterung gemischt sein, der hierzulande schon wieder aufkommen wollte, nachdem die Verhandlungen mit der Reparationskommission wenigstens ohne äußerlichen Bruch zu Ende gegangen waren. Für Brüssel hält der französische Ministerpräsident auch an seinem Verlangen nach Verbindung der Reparations- mit der internationalen Kriegsschuldenfrage fest, wobei ihn die Gefahr nicht zu kümmern scheint, daß durch diese Verbindung die notwendige Neuregelung der deutschen Schuldverpflichtungen eine unerträgliche Verzögerung erleiden könnte. Haben wir nach einer solchen Programmrede noch Anlaß, sozusagen vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken?

Da ist Herr Bradbury, amoch britisches Mitglied der Reparationskommission, ungleich verständiger, wozu allerdings auf dem Hintergrund französischer Sinnlosigkeiten nicht übermäßig viel gehört. Er machte in einer Unterredung mit dem Berichterstatter des Reuter-Bureaus kein Hehl daraus, daß nach dem Ergebnis der Berliner Verhandlungen Deutschland sofort geholfen werden müsse. Ohne Zugeständnisse von außen her werde es dabei nicht abgehen, wenigstens natürlich die deutsche Regierung es vor allen Dingen an Verweisen der Selbsthilfe nicht fehlen lassen dürfe. Wenn sie sich darauf beschränken wollte, an die „unvermeidliche Katastrophe“ zu glauben, so würden damit nur sehr böse Kräfte entfesselt werden, für die der Rhein keine Grenze wäre. Andererseits aber hält er nichts von Zwangs- und Kontrollpolitik, da sie schließlich nur den Frank auf den Weg der Mark bringen würde. Wobor man sich hüten müsse, sei vor allem die Verdrückung des deutschen Produktionsvermögens, jener Substanz, von der im letzten Grunde unsere ganze Leistungsfähigkeit abhängt. Er hoffe, daß in Paris weitere Verhandlungen mit Deutschland in Gang kommen werden — mehr lasse sich im Augenblick allerdings nicht sagen.

So ungefähr sehen die Eindrücke aus, die in Paris und in London von den Berliner Verhandlungen entstanden sind. In Berlin aber scheint sich gleichzeitig ein neuer schwerer Kampf unter den Parteien entspinnen zu wollen, diesmal um eine Rede von Stinnes, der nach einem

Berichte des Vorwärts in einer vertraulichen Austauschung des Reichswirtschaftsrates die Stabilisierungspolitik der Reichsregierung in den schärfsten Ausdrücken angefochten und die restlose Beseitigung des Achtstundentages gefordert haben soll. Der Vorwärts nennt das Auftreten des Abg. Stinnes einen Skandal, der an Landesverrat grenze. Von Stinnes selbst und von bürgerlichen Teilnehmern an jener vertraulichen Sitzung wird der Bericht des Vorwärts entschieden in Abrede gestellt. Leider trägt dieser neue Zwist nicht dazu bei, die im Augenblick so notwendige Einigkeit unter den Parteien zu fördern.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Noch ein Gutachten.

Die internationalen Finanzfachverständigen Bisserting, Dubois und Caffel haben ein weiteres Gutachten auf die Fragen der Reichsregierung erstattet, das sich vielfach in seinen Ausführungen mit den bereits veröffentlichten anderen Gutachten deckt. Es erklärt eine dauernde Finanzierung der Mark für unerreichbar, solange der Inflation nicht Einhalt geboten werde und die Zahlungsbilanz passiv bleibe. Das Defizit in der Handels- und damit der Zahlungsbilanz beruhe nach innen auf der Verringerung der Produktionskraft infolge der jetzigen Arbeitsbedingungen. Zur Herbeiführung der Stabilisierung schlägt das Gutachten vor: Die Schaffung eines neuen beständigen Vermessers, am besten in einem Teilbetrag eines Pfund Sterling oder eines Dollars.

Die Koalitionsfrage

Ist gegenwärtig wieder einmal der Gegenstand ernster Beratungen zwischen den Parteiführern und der Regierung. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft steht auf dem Standpunkt, daß die Stabilisierung der Mark nur im Zusammenwirken innerer und äußerer Maßnahmen (also Reichsbankgold nicht ohne äußere Anleihe und Mehrarbeit) durchgeführt werden kann, und daß man zur Verwirklichung eines solchen Programms die Mitwirkung der Volkspartei in der Regierung braucht. Die Sozialdemokraten stehen allerdings auf einem abweichenden Standpunkt und werden am Montag Beschluß darüber fassen, ob sie mit der Volkspartei zusammenarbeiten wollen. Am Freitag hat der Auswärtige Ausschuß des Reichstages die Lage beraten, die eigentliche politische Auseinandersetzung der Parteien wird jedoch erst in der Dienstagssitzung des Reichstages erfolgen, in der der Kanzler ein großes außen- und innenpolitisches Programm vorzulegen gedenkt.

Beschlüsse des Reichsrates.

Der Reichsrat erklärte sich in seiner letzten Sitzung u. a. einverstanden mit einer Verordnung über die Erhöhung der Steuerzuschüsse und der Einkommensgrenzen im Gesetz über Steuerermäßigungen für Militärenter, ferner mit einem Gesetzentwurf, der das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter bedeutend erweitert. Ferner wurde eine Resolution angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, daß die Zulassung zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln auch dann verweigert werden soll, wenn kein volkswirtschaftliches Bedürfnis anerkannt wird. Aus gleichem Grunde soll eine schon erteilte Erlaubnis zurückgenommen werden können, außerdem sollen die Landesregierungen ermächtigt werden, nicht nur den Ankauf von Brotgetreide, sondern von Getreide überhaupt erlaubnispflichtig zu machen.

Großbritannien.

Die Konkurrenzsucht vor Deutschland. Bonar Law erklärte in einer Rede in London, das große Ziel einer jeden Regierung, die aus Norden komme, sei die Sicherung des Friedens. Es sei vollkommen wahr, daß es im Interesse der gesamten Welt liege, daß sich Zentraleuropa erhole. Deutschland sei jedoch, obwohl es ein großer Abnehmer war, auch ein großer Rivale gewesen, und es sei sicher, daß, soweit materielle Interessen in Betracht kämen, die Erholung Deutschlands von diesem Standpunkt aus mindestens ebenso nützlich für Frankreich wie für England sei.

Türkei.

Ein neuer Zwischenfall. In Konstantinopel hat sich ein neuer Zwischenfall zwischen türkischer Polizei und englischen Soldaten abgespielt, bei dem ein Soldat getötet und ein Polizeibeamter festgenommen worden sei. Ferner sind inmitten einer großen Kundgebung englische Soldaten und Matrosen mit aufgepflanztem Bajonett durch die Hauptstraße von Pera gezogen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Nach einem Erlaß des Verkehrsministers sollen die Flaggennetze der Eisenbahn die Farben der Republik erhalten. Bei einfarbigem Anstrich ist wenigstens ein Ring in den Reichsfarben von etwa 30 Zentimeter Breite anzubringen.

Berlin. Die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter hatten am Freitag eine Aussprache mit dem Reichsfinanzminister über die Notwendigkeit der Einleitung einer neuen Steuerungsaktion.

München. Die gegenwärtige nationalsozialistische Bewegung in Bayern hat mehrere Fraktionen des Landtages veranlaßt, beim Ministerpräsidenten, beim Ministerium des Innern und beim Polizeipräsidenten vorstellig zu werden.

Wien. Das Revolutionärkomitee hat beschlossen, Sunar, Theodor, Stratos und einige andere Politiker, dagegen nicht den König, vor ein ordentliches Kriegsgericht zu stellen.

Washington. Die Zusammensetzung des neuen Repräsentantenhauses ist nunmehr folgende: 225 Republikaner, 207 Demokraten, ein Sozialist, ein Bauernbündler, ein Arbeitervertreter und ein Unabhängiger.

Herabsetzung der Infratensteuer.

Berlin, 10. November.

Ein Unterausschuß des Steueraussschusses im Reichstag beschloß, bei der Infratensteuer für die erste Million an vierteljährlicher Einnahme die Anzeigensteuer auf $\frac{1}{2}$ % herabzusetzen. (Bisher sah das Gesetz eine halbpromzentige Besteuerung nur für die ersten 200 000 Mark vierteljährlicher Einnahme aus Anzeigen vor.) Nach den neuen Beschlüssen soll dann für vierteljährliche Einnahmen aus den Infraten über eine Million bis zu zwei Millionen Mark 1 % Infratensteuer erhoben werden und für die weitere Million Einnahme $\frac{1}{2}$ % Steuer. Darüber hinaus sollen die Einnahmen nur noch mit 2 % versteuert werden, während der bisher gültige Tarif eine Besteuerung bis zu 4 % enthielt. Die neuen Bestimmungen sind rückwirkend ab 1. Januar 1922. Es ist also der gesamte Steuertarif über 2 % aufgehoben. Dieser Ausschlußbeschluß bedarf noch der Bestätigung durch das Plenum des Reichstages.

Neuregelung der Einkommensteuer.

Beschlüsse des Reichsrates.

Der Reichsrat beschloß sich mit der von der Regierung eingebrachten Novelle zum Einkommensteuergesetz. Die Vorlage enthält einschneidende Abänderungen für das nächste Jahr, für 1923.

Der allgemeine Steuertarif wird so ausgestaltet, daß die Grenze des steuerbaren Einkommens, bei der nur 10 % zu erheben sind, auf das Vierfache erhöht wird.

Es sind also zu zahlen:

bei einem steuerbaren Einkommen von

bei weiteren	400 000 Mark	10 %
" "	200 000 "	15 %
" "	200 000 "	20 %
" "	600 000 "	30 %
" "	800 000 "	35 %
" "	800 000 "	40 %
" "	800 000 "	45 %
" "	400 000 "	50 %
" "	400 000 "	55 %
für alle höheren Beträge		60 %

Die allgemeine Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 Mark für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 400 000 M. beträgt, und um je 4800 Mark für minderjährige Kinder. Außerdem sind besondere Ermäßigung für Steuerpflichtige über 60 Jahre vorgesehen, deren Einkommen 200 000 Mark nicht übersteigt. Bezüglich der Lohnsteuer betragen die Abzüge (für 1923) für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau bei monatlicher Lohnzahlung je 200 Mark, bei wöchentlicher je 48 und bei täglicher Lohnzahlung je 8 Mark, für jedes Kind bis zum Alter von 17 Jahren je 400 Mark monatlich, 96 Mark wöchentlich oder täglich 16 Mark. An Werbungskosten dürfen für 1923 abgezogen werden bei monatlicher Lohnzahlung 450 Mark, bei wöchentlicher Zahlung 108 Mark und bei täglicher 18 Mark.

Für 1922 ist in der Regierungsvorlage lediglich der allgemeine Steuertarif etwas ermäßigt worden. Der Betrag, bis zu welchem die Steuer nur 10 % beträgt, ist von 100 000 Mark auf 250 000 Mark erhöht worden.

Die Abzüge von der allgemeinen Einkommensteuer für 1922 sollen betragen je 340 Mark monatlich für den Ehemann und die Ehefrau und je 610 Mark für jedes Kind. Die Reichsratsausschüsse haben die Regierungsvorlage im wesentlichen unverändert angenommen und nur die Ermäßigung für die über 60 Jahre alten Personen etwas erhöht. Die Vorlage wurde im Plenum nach den Ausschlußbeschlüssen gegen die Stimme Thüringens angenommen. Nun wird noch der Reichstag dazu Stellung nehmen.

Einstein Nobelpreisträger.

Stockholm, im November.

Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat beschlossen, dem Professor Albert Einstein wegen seiner Arbeiten auf dem Gebiete der theoretischen Physik, namentlich wegen seiner Entdeckung des Gesetzes der photoelektrischen Wirkung, den Nobelpreis für 1921 für Physik zu verleihen. Der Nobelpreis für 1922 für Physik ist dem Professor Niels Bohr in Kopenhagen wegen seiner Verdienste um die Erforschung der Struktur der Atome und der von ihnen ausgehenden Strahlung erteilt worden. Dem Spanier Jacinto Benavente wurde der Nobelpreis für 1922 in Literatur verliehen. Die Nobelpreise für 1921 und 1922 betragen je 122 482 schwedische Kronen, das sind zurzeit gegen 280 Millionen Mark.

Einstein und seine Relativitätstheorie sind hinlänglich bekannt, so daß über ihn nichts Besonderes hinzugefügt zu werden braucht. Was den dänischen Nobelpreisträger Niels Bohr angeht, so ist er als — Fußballspieler mindestens ebenso berühmt wie als Physiker: er hat in früheren Jahren wiederholt an internationalen Fußballturnieren teilgenommen. Der Name des Spaniers Benavente, der mit dem Literaturpreis bedacht worden ist, dürfte in Deutschland nur gründlichen Kennern fremder Literaturen bekannt sein. In Spanien schätzt man Benavente, der jetzt etwa 50 Jahre alt ist, als vorzüglichen, allerdings stark von den Franzosen beeinflussten Lustspielautor. Während des Weltkrieges hat er, im Gegensatz zu vielen seiner Landsleute aus seinen Sympathien für Deutschland kein Hehl gemacht. Es mag darauf hingewiesen sein, daß schon früher einmal ein spanischer Dichter den Literaturpreis der Nobelfindung oder doch die Hälfte dieses Preises (die andere Hälfte bekam der

provenzalische Dichter Mistral) erhalten hat, aber dieser Spanier war ungleich berühmter: es war José Echegaray.

Der Nobelpreis und sein Stifter.

Gestiftet wurden die Nobelpreise, mit denen die wichtigsten Entdeckungen auf dem Gebiete der Physik, der Chemie, der Medizin und Physiologie, ein hervorragendes Werk der Literatur — ganz gleich in welcher Sprache es geschrieben ist — und Bestrebungen zur Erhaltung und Förderung allgemeiner Brüderlichkeit (Friedenspreis) belohnt werden, von dem Schweden Alfred Nobel, dem Erfinder des Dynamits, der am 21. Oktober 1833 geboren wurde und am 10. Dezember 1896 gestorben ist. Die erste Preisverteilung fand am 10. Dezember 1901 statt. Drei Vertreter deutscher Wissenschaft, Röntgen, van 't Hoff (ein geborener Holländer, der in Berlin wirkte) und Behring wurden damals präsiert. Die Preisrichter haben bisher stets mit vorbildlicher Neutralität ihres Amtes gewaltet, und es ist niemals erwiesen, daß der Vorwurf der Parteilichkeit gegen sie erhoben worden. Um so stolzer kann Deutschland darauf sein, daß es sich in den 21 Jahren seit der ersten Verteilung des Preises in den Wissenschaften einen weiten Vorrang vor allen andern Ländern gewahrt hat. Zu den Geförderten zählen u. a. Emil Fischer, v. Baeyer, Ostwald, Robert Koch, Ehrlich, Max Planck, Haber und Kernst. Der Literaturpreis ist in Deutschland an Mommsen, Eucken, Paul Heyse und Gerhart Hauptmann gefallen. Den Friedenspreis haben auf deutschem Sprachgebiet Bertha v. Suttner und Alfred Fried empfangen.

Sotales und Provinzielles.

Salver, 13. November 1922.

□ Zur Wetterlage. Mehrere Tiefdruckwirbel, die an der Küste und über Süddeutschland hinwegzogen, hatten wiederholte Niederschläge zur Folge, die jedoch überwiegend nur mäßig und von kurzer Dauer waren. Zwischendurch klärte sich das Wetter auf, blieb jedoch in den Morgenstunden ziemlich neblig. Die Temperaturen lagen bis auf Ostpreußen erheblich höher als in der ersten Novemberwoche; in den Morgenstunden wurden zumeist 8 bis 7, in den Mittagstunden 6 bis 9 Grad Celsius gemessen. In Ostpreußen dagegen kamen wieder mehrfach leichte Nachfröste vor. Die Tagesdurchschnittstemperaturen lagen fast allgemein über den Normalwerten. Am 9. November betrug die Durchschnittstemperatur in Berlin 6,5 Grad Celsius gegenüber einem Normalwert von 5,5 Grad.

—* hk. Handel und Gewerbe im Oktober 1922. Die Berichte, welche die preußischen Handelskammern über den Geschäftsgang von Handel und Industrie im Oktober dem Handelsminister erstattet haben, ergeben trotz des neuerlichen Kurssturzes ein gegenüber dem Vormonat wenig verändertes Bild. Der Rückgang der Markt hat die Geld- und Kreditnot vermehrt. Er hat zu kaum noch aussehenden Lohnbewegungen geführt und bewirkt, daß die Warenpreise in immer kürzeren Zwischenräumen festgesetzt werden. Wenn der Auftragsseingang der Industrie sich fast allgemein verlangsamt, die Belieferung der Weiterverarbeiter mit Rohstoffen sich verbessert, der Arbeitermangel sich vermindert hat und hier und da einem geringen Ueberangebot gewichen ist, so deutet das darauf hin, das sich ein Konjunkturaufschwung anzubahnen scheint. Aber gegenwärtig haben sich nur in vereinzelter Wirtschaftszweigen bereits Absatzsteigerungen gezeigt, so daß auf Lager gearbeitet oder die Arbeitszeit verkürzt werden mußte, jedenfalls ist der vielfach gefürchtete Konjunktursturz weder eingetreten noch in unmittelbarer Aussicht. Andererseits hat der Marktsturz auch nicht in dem Grade wie früher öfters die Ausfuhr belebt, da viele Länder die deutsche Einfuhr nach Möglichkeit erschweren, da ferner insbesondere Frankreich und Belgien der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt mit Hilfe der in Deutschland bitter fehlenden deutschen Rohstoffe scharfe Konkurrenz bereiten, und da schließlich in manchen Industriezweigen die deutschen Herstellungskosten über den Weltmarktpreisen liegen, nach den Klagen der Fertigindustrien zum großen Teil infolge der Preispolitik der Rohstoffindustrien.

—* hk. Verbot der Gebühren für Notgeld. Beachtung verdient der folgende Bescheid des Reichs-

finanzministeriums: Der Landesbank in Düsseldorf habe ich bereits mitgeteilt, daß ich der Erhebung eines Aufgeldes für das Notgeld entschieden widerspreche und gegebenenfalls die Entziehung des Notgeldrechtes aussprechen möchte. Das Vorgehen der Landesbank hat mich veranlaßt, bei neuen Genehmigungen die Ausgabe des Notgeldes ohne Aufgeld zur ausdrücklichen Bedingung zu machen. Die Kosten der Notgeldaussgabe werden durch die Verzinsung der gesperrten Guthaben bei der Reichskreditgesellschaft im allgemeinen gedeckt; den Verlusten durch Fälschungen stehen die Gewinne durch den Abfluß der Scheine in die Hände von Sammlern gegenüber.

—* hk. Die Handelskammer teilt mit: Da das polnische Elektrizitätsgesetz von Wichtigkeit für elektrotechnische Verbände und sonstige Interessenten sein wird, so hat sich die Handelskammer ein Stück dieses Gesetzes beschafft und stellt es zur Einsichtnahme auf der Geschäftsstelle zur Verfügung.

—* hk. Die Berliner Börse in dieser Woche. Von Großbankseite war im Hinblick auf das nicht zu bewältigende Geschäft angeregt worden, die Berliner Börse in der kommenden Woche nur zweimal stattfinden zu lassen. In der Samstag-Sitzung des Börsenvorstandes wurde jedoch dieser Anregung nicht stattgegeben, so daß also, wie ursprünglich vorgesehen, am Montag, Mittwoch und Freitag eine Vollbörse stattfindet.

—* hk. Ueberschreitung der Weltmarktpreise durch die Inlandspreise. In letzter Zeit ist verschiedentlich zum Ausdruck gebracht worden, daß in einzelnen Industriezweigen die Inlandspreise die Weltmarktpreise überschritten hätten. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung bringt in einem Rundschreiben vom 24. Okt. 1922 B I a 2100/22 zu dieser Frage sein früheres Rundschreiben (A III 109, 9. Juni 1920) in Erinnerung, in dem es heißt: „Ein solcher Vorgang, wenn er sich tatsächlich verwirklichen sollte, würde anzeigen, daß die betreffende Industriezweiggruppe, in ihrem Inlandsabsatz durch das Einfuhrverbot gegen ausländischen Wettbewerb geschützt auf Kosten des heimischen Verbrauchs entweder die Inlandspreise unangemessen hoch zu halten oder eine überhaupt nicht mehr wirtschaftlich arbeitende Erzeugung fortzuführen versucht. Erscheinungen dieser Art darf der Staat im Interesse der gesamten Wirtschaft und der heimischen Verbraucher nicht mit den Mitteln der Außenhandelskontrolle fördern. Im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium ersuche ich deshalb ergebenst, auf diese Angelegenheit hier und da auftretende Preisgestaltung besonders Augenmerk zu richten und mir alsbald darüber Mitteilung zu machen, falls eine Unterschreitung der Inlandspreise bei der Ausfuhr in nennenswertem Umfange tatsächlich eintreten sollte. Es würde dann erwogen werden müssen, entweder die Einfuhr entsprechender Erzeugnisse aus dem Auslande in erweitertem Umfange zuzulassen oder die Ausfuhr zu niedrigeren Preisen als den jeweiligen Inlandspreisen zu verbieten.“ — Der Reichskommissar weist darauf hin, daß die vorstehend dargelegten Gesichtspunkte auch heute noch maßgebend sind, und hat die ausfuhrbewilligenden Stellen ersucht, der Frage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und über die in Frage kommenden Fälle ungekürzt eingehend zu berichten.

—* Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Erlaubnisarten zum Viehhandel für das Jahr 1923. Gemäß § 7 des Gesetzes über die Fleischversorgung vom 18. 4. 22. (R. G. Bl. Teil I S. 460) dürfen Legitimationsarten und Wandergewerbebescheine für solche Personen, welche gewerbmäßig Vieh zum Weiterverkauf ankaufen, oder gewerbmäßig für andere Vieh verkaufen bezw. den Abschluß solcher Verkäufe vermitteln (Viehkommissionäre) erst dann ausgestellt werden, wenn die Erlaubnis zum Viehhandel vom Oberpräsidenten erteilt worden ist. Die Anträge sind umgehend bei der zuständigen Ortspolizeibehörde zu stellen. Nach dem 31. Dezember haben die Erlaubnisarten für das Jahr 1922 keine Gültigkeit mehr.

Goldelie.

Roman von E. Marlitt.

62)

(Nachdruck verboten.)

„Nun, er mag schon reicher sein, als ich glaubte,“ hob sie nach einer kurzen Pause wieder an: „das kommt übrigens hier ganz und gar nicht in Betracht. Ich habe die Erwählte sehr sehr gern — mit welcher Anstrengung sie sprach! — sie hat etwas getan, wofür ihr mein schwesterliches Herz ewig dankbar sein wird. Sie soll meine Schwester sein,“ fuhr sie fort; „ich will nicht, daß sie Emils Haus am betreue, und möchte ihr sehr gern die Einkünfte von Neuborn zuweisen.... darf ich?“

„Das Gut gehört dir, du bist majorenn, ich habe hier durchaus nicht das Recht, zu verweigern oder zu erlauben.“

„O ja, Rudolf, insofern, als du die nächsten Ansprüche an mich und mein Erbe hast.... Also bin ich deiner Zustimmung gewiß?“

„Vollkommen, wenn du denn durchaus der Ansicht bist, daß sie dazu gehöre.“

„Dank, vielen Dank!“ unterbrach sie ihn und bot ihm die Hand; aber er schien es nicht zu bemerken, obgleich sein Blick auf sie gerichtet war.... „Verdienst du mir das?“ fragte sie nach einer Weile bekommen.

„Ich verdiente es dir nie, wenn du den Wunsch hast, Menschen glücklich machen; du wirst dich erinnern, daß ich dir stets bei dergleichen Gelegenheiten rücksichtslos die Hand geboten habe. Wohl aber mache ich dir den Vorwurf der Ueberstimmung: du bist sehr schnell bereit, jenes junge Wesen ins Unglück zu stoßen.“

Sie fuhr wie von einer Wiper gestochen in die Höhe. „Das ist ein harter Ausspruch!“ rief sie heftig, „dein Vorurteil gegen den belagerten Emil, Gott mag wissen, auf was es sich begründet, geht denn doch zu weit... du kennst den armen Menschen viel zu wenig.“

„Ich kenne ihn viel zu gut, als daß ich ihn noch näher kennen lernen möchte.... Er ist ein ehrloser Schmarotzer, ein erbärmlicher Bursch ohne allen Charakter, an dessen Seite ein Weib, selbst wenn es nur geringe Anforderungen an männliche Ehrenhaftigkeit stellt, elend werden muß.... wehe der Armen, wenn sie zur Erkenntnis kommt!“... Seine

Stimme warnte in verhaltenem Schmerz. Serene hörte jedoch nur Groll und Ingrimm heraus.

„Gott, wie ungerecht!“ rief sie, ihre weinenden Augen nach der Zimmerdecke richtend. „Rudolf, du verfluchst dich selber.... Was hat die nur Emil getan, daß du ihn so unversöhnlich verfolgst?“

„Muß man erst persönlich beleidigt werden, um zu wissen, was man von dem Charakter eines anderen halten soll?“ fragte er zürend zurück. „Kind, du bist die Schwerebeleidigte, aber du bist verblendet.... Es wird eine Zeit kommen, wo du das, tief gedemütigt, erkennst. Wenn ich dir auch diesen Schmerzensstich von den Lippen nehmen wollte, es würde zu nichts führen. Du zwingst mich selbst, dich deinen Weg allein gehen zu lassen bis zu dem Augenblicke, wo du trotzbedürftig an mein Herz zurückflüchten wirst. Dir ist dann die Umkehr möglich; was aber bleibt jener anderen übrig, die unaufloslich gebunden ist?“

Er ging in das Nebenzimmer und ließ die Tür hinter sich ins Schloß fallen. Serene sah eine Zeitlang wie betäubt; dann erhob sie sich mühsam und verließ, sich an Wänden und Möbeln festhaltend, so schnell es ihr möglich war, den Salon.

Eine unsägliche Bitterkeit, ja beinahe ein Gefühl von Haß erfüllte sie gegen den Bruder, der heute zum erstenmal das, was jede Kaiserin ihres Herzens liebend umschloß, so rücksichtslos und rauh antastete. Nie, niemals sollte der Geliebte erfahren, zu welchen Beschuldigungen ihr Bruder sich hatte hinreissen lassen. Freilich nun, nachdem er so unumwunden seine schlimme Meinung über Holfeld ausgesprochen hatte, durfte sie nicht mehr leiden, daß letzterer die Gastfreundschaft in Lindhof genieße. Sie wollte — natürlich ohne Angabe der Gründe — ihn selbst veranlassen, nach Odenberg zurückzukehren; vorher aber sollte er sein Verhältnis zu Elisabeth feststellen.

Mit diesen Gedanken betrat sie das Wohnzimmer, und als Holfeld sich kurze Zeit darauf auch einsand, empfing sie ihn mit einem ruhig freundlichen Lächeln und verklärte ihn, daß ihr Bruder, ohne den Namen der Erwählten erfahren zu haben, ihren Entschluß bezüglich der Mitgabe für die Braut billige. Sie verlangte nun aber auch, Elisabeth heute bei sich sehen zu dürfen, und Holfeld, sehr erfreut über die ruhige Art und Weise, mit welcher sie sprach, ging darauf ein. Nachmittags um vier Uhr sollte die Zusammenkunft im Gartenhäuschen stattfinden. Holfeld verließ sofort das

— Salver, 11. Nov. Am Freitag, den 17. Nov., nachmittags 1—1/3 Uhr, findet hier die nächste Mütterberatungsstunde statt.

+ Schalksmühle, 11. Nov. Der Männer-Gesang-Verein Schalksmühle bezieht am Samstag, den 18. d. M. 7 1/2 Uhr beginnend in der Turnhalle sein diesjähriges Winterfest. Er hat trotz aller wirtschaftlichen Nöte, die auch am Vereinsleben nicht unerheblich vorübergehen, diesen schon im August gefaßten Beschluß aufrecht erhalten. Er wird hiermit der Öffentlichkeit zeigen, daß er in Anbetracht der großen sich gestellten Aufgaben, der Kunstpflege und der Volksbildung zu dienen, nicht geruht hat, sondern stets vorwärts zu streben eifrig bemüht ist. An Chorwerken werden das „Morgenlied“ von Jul. Rieh und „Rudolf von Werdenberg“ von Fr. Hegar besonderer Beachtung verdienen. Auch Volkslieder und Lieder im Volkston werden zum Vortrag kommen, besonders sei hier „Gretlein“, vom Dirigenten des Vereins Herrn Carl Seidemann, Lehrer am Städtischen Konservatorium in Hagen i. W., vertont, erwähnt. Ein Mitglied des Vereins, Herr Albert Schaffland (Tenor) wird mit einigen Liedern das Programm ergänzen. Die Musik stellt das Elm'sche Instrumental-Quartett Schalksmühle. Der 2. Teil des Programms wird mit einem größeren Theaterstück „Am Brunnen vor dem Tore“, Volksstück in 3 Akten von W. A. Pannet, ganz ausgefüllt sein. — Der Verein würde es sehr begrüßen, wenn durch recht zahlreichen Besuch seinem Unternehmen Verständnis entgegengebracht würde, insbesondere ladet er seine Ehren- und passiven Mitglieder hierzu freunlichst ein. Im übrigen wird jeder Besucher auf seine Kosten kommen und mal für einige Stunden der Alltagsorgen enthoben sein.

— Schalksmühle, 11. Nov. Die nächste Mütterberatungsstunde findet hier selbst am Dienstag, den 14. November, nachmittags 3—4 Uhr, statt.

Meinerzhagen, 9. Nov. Ein Vorfall, der leicht ernste Folgen haben konnte, ereignete sich gestern Abend bei dem Wirt Frh. Rittinghaus hier. Der Händler Wilh. Weischede kam beim Betreten des Stalles einem an der Wand hängenden Draht zu nahe und blieb, da dieser auf irgend einer Weise mit der elektrischen Leitung in Verbindung stand, daran hängen. Seinen Sohn, der ihm helfen wollte, ereilte dasselbe Schicksal. Auf ihr Geschrei aufmerksam geworden, eilte Herr Rittinghaus mit einem anwesenden Gast herbei, denen es gelang, den Draht abzureißen. Während sich der Sohn bald wieder erholt, dauerte es geraume Zeit, bis Weischede wieder zu sich kam. Dieser Vorfall zeigt erneut, welche Vorsicht man gegenüber der elektrischen Leitung stets gebrauchen soll.

Hagen, 11. Nov. So haben sich die Zeiten geändert. In seiner Jugendzeit erbeite ein hiesiger Herr 1000 Mark, die auf der Sparkasse eines thüringischen Landstädtchens auf ein Buch angelegt wurden. Durch Zufall entdeckte der glückliche Besitzer, dieses ehemals schönen Vermögens jetzt das Buch, das bei ihm durch die Kriegszeit in Vergessenheit geraten war. Er ließ sich das Geld überweisen und erhielt 1330 Mark, wofür er 1 1/2 Pfund Butter kaufen konnte, während er damals eine ganze Wohnungseinrichtung dafür hätte kaufen können.

Lenep, 8. Nov. Die „B. B.“ erfährt von einem unerhörten Rohheitsakt. In der Nacht zum Sonntag starb eine Witwe. In der Nacht darauf brachen Diebe in die Wohnung ein, legten die Tote auf den Boden und stahlen das ganze Bettzeug. Eine Untersuchung des feldenen Falles, der eine ganz unglaubliche Gefährlichkeit darstellt ist im Gange.

Nach und fern.

○ Drohende Schließung der Dresdener Hotels. Der Verein der Hotelbesitzer von Dresden und Umgegend hat in einer Protestversammlung beschlossen, sämtlichen Angestellten am 15. November zu kündigen und die Betriebe am 15. Dezember zu schließen, wenn die Beherbergungssteuer von der zuständigen Behörde nicht auf 15 % ermäßigt wird.

Immer, um einem Bedienten in Selenes Namen den Auftrag zu geben. Wie würde die junge Dame erstaunt gewesen sein, hätte sie hören können, daß dem Diener ganz ausdrücklich die Befehle gegeben wurde, Fräulein Ferber auf drei Uhr einzuladen, während der Haushofmeister den Befehl erhielt, bis zu der genannten Stunde alles Erforderliche im Gartenhaus herzurichten, ja nicht später!

19.

Als der Diener aus Lindhof am Mauerpforten läutete, saß Elisabeth in der großen Halle. Sie wand aus Zimmergrün und Efeu eine lange Girlande, während Miß Mertens ihr zur Seite stehend einen halbfertigen bunten Astentanz in den Händen hielt. Das Grab auf dem Lindhofer Gottesacker war vollendet. Heute nachmittag, zwischen fünf und sechs Uhr, sollte der Jüngling mit den sterblichen Überresten der schönen Elsa der Erde feierlich übergeben werden.

Nach Rücksprache mit der Mutter nahm Elisabeth die Einladung an, um so mehr, da sie nur „auf ein Plauderstündchen“ lautete. Bald nachdem der Diener sich entfernt hatte, kam auch Reinhard. Er sah sehr ernst aus und erzählte auf Miß Mertens Befragen, daß sein Herr in einer nicht zu beschreibenden Gemütsstimmung aus Thalleben zurückgekehrt sei. „Die Eindrücke im Trauerhause müssen schrecklicher gewesen sein,“ bemerkte er, „denn ich erkenne Herrn von Walde nicht wieder. Ich hatte ihm notwendig verschiedene Meldungen zu machen, allein im Laufe meines Vortrages merkte ich wohl, daß ich umsonst sprach.... Er sah vor mir wie gebrochen, wie völlig verloren in qualvollen Gedanken. Merkwürdigerweise fuhr er heftig auf, als ich ihm zum Schluß die Entdeckung hier oben in den Ruinen mitteilen wollte: „Ich habe die Sache bereits zu Genüge gehört,“ unterbrach er mich zornig und ungeduldig, „bitte, lassen Sie mich allein!“

Es hatte schon längst auf dem Lindhofer Kirchturme drei geschlagen, als Elisabeth den Berg hinabsteigte. Der Onkel hatte sie im Gespräch festgehalten; er war unwirsch darüber, daß sie der Einladung folgen wollte. „Denn“, meinte er, und zwar nicht mit Unrecht, „das arme Wesen, welches heute eingestürzt werden soll, verdiene es schon, daß man wenigstens einen Tag seinen Andenken allein weise.“ Er hatte freilich keine Ahnung von dem, was in dem Herzen des jungen Mädchens vorging.

(Fortsetzung folgt.)

Die Kernfrage.

Als der Reichs-Landbund die neuerte Getreideumlage immer wieder als undurchführbar bezeichnete, glaubten Regierungsstellen darüber, im Hinblick auf die bekannte Gutmütigkeit der Landwirtschaft, zur Tagesordnung übergehen zu können. Jetzt hat im Deutschen Landwirtschaftsrat Staatssekretär Dr. Heinrich Bittner Klagen über die schlechte Ablieferung des Umlagegetreides angestimmt und schließlich um größere Bereitwilligkeit im Abliefern gebeten. Zwar nicht in der Form, aber in der Sache ist der Deutsche Landwirtschaftsrat seinerseits über diese Klagen zur Tagesordnung übergegangen. Mit ruhiger Sachlichkeit, aber auch mit unerlässlicher Bestimmtheit hat er vielmehr die Forderungen neu umschrieben, die sich insbesondere auf dem Gebiete der Getreidebewirtschaftung ohne Schaden für die Volksernährung nicht längere Zeit beiseite schieben lassen. So war wieder der Dreifachgang zu hören:

1. Angesichts der schlechten Getreideernte eine erhebliche Ermäßigung der Umlage.

2. Zunächst sofortige Wiederherstellung der freien Wirtschaft oder aber mindestens eine sofortige bindende Erklärung der Reichsregierung, daß mit Ende des laufenden Wirtschaftsjahres jede Art der Getreidezwangsbewirtschaftung unter allen Umständen aufhört.

3. Wenn die freie Wirtschaft jetzt nicht sofort wieder hergestellt werden kann, dann muß der noch abzuliefernde Teil der Getreideumlage, soweit diese überhaupt erfüllbar ist, mit dem freien Marktpreise oder mit Stichtag nach der Wertrelation von Stichtag und Getreide in der Vorlieferungszeit bezahlt werden.

Daß daneben Fragen, wie die Beschaffung der Betriebsmittel, eine gerechte Steuerpolitik, die Beschaffung von Arbeitskräften, die Förderung der Erzeugung durch das Verkehrswesen usw., berührt werden müssen, versteht sich von selbst. Jedenfalls lassen auch die Verhandlungen des Deutschen Landwirtschaftsrates keinen Zweifel darüber, daß die Steigerung der einheimischen Lebensmittel-erzeugung die eine große Frage darstellt, die nun endlich ihre befriedigende Lösung erwartet. Es ist ein Unbilden, den Getreideerzeugern Preise unter den Herstellungskosten zuzumuten und dann eine größere Bereitwilligkeit im Abliefern zu erbitten. Es ist das große Verhängnis der in der Kra. Fehr. beklagten Politik, daß sie die Schaffung der Landwirtschaft droht, statt ihr immer neue Verstärkung zu sichern. Jetzt steht die Brotversorgung vor der Katastrophe. Dieses Trauerspiel wird sich alljährlich wiederholen, wenn nicht die Regierung endlich den berechtigten Wünschen entgegenkommt, die von der Landwirtschaft nicht aus selbstlichen Erwägungen heraus, sondern zum Besten der Volksernährung bereits bis zum Überdruß begründet worden sind.

Erzeugungszahlen.

Der Stichtagverbrauch der deutschen Landwirtschaft betrug nach dem Reichs-Landbund 1913: 195 000 Tonnen, 1920: 285 000 Tonnen, 1921: stehen die Zahlen noch nicht fest, jedoch ist eine weitere Steigerung eingetreten. Bei Phosphorsäure betrug der Verbrauch 1913: 667 000 Tonnen, 1920: 280 000 Tonnen; im Durchschnitt 1911/13 wurden von dem verbrauchten Phosphor 360 316 Tonnen vom Auslande eingeführt; der Verbrauch von 1920 entspricht also etwa der früheren Inlandserzeugung; zu bedenken ist dabei der Rückgang in der einheimischen Phosphorsäure-erzeugung infolge der Gebietsabtretungen im Westen, so daß heute praktisch Phosphorsäurebrenner Valutaware ist; hinzu kommt ferner die von wissenschaftlicher Seite getriebene Propaganda für Einschränkung der Phosphorsäureverwendung zugunsten reichlicherer Stichtagdüngung. Der Stichtagverbrauch ist von 536 000 Tonnen 1913 auf 900 000 Tonnen 1920 gestiegen. Im ganzen hat also gegenüber der Vorlieferungszeit die Düngemittelverwendung beträchtlich zugenommen.

Nach der preussischen Statistischen Korrespondenz vom 16. 9. sind bei Weizen und Roggen durch Auswinterung 108 993 Hektar der Anbaufläche verlorengegangen. Diese Flächen sind aber größtenteils der Sommerbestellung zugute gekommen, wurden allerdings zum Teil nicht mit Brotkorn, sondern mit Kartoffeln usw. bestellt, so daß insgesamt gegenüber 1921 für Weizen und Roggen ein Ernteflächenrückgang von 97 536 Hektar gleich 8,8 Prozent bleibt. Zugewonnen haben die Flächen für Kartoffeln um 2,6 Prozent, Sommergerste 3,3 Prozent, Hafer 2,7 Prozent, Zuckerrüben 7,3 Prozent, Futterrüben 5,9 Prozent, Mohrrüben 2,8 Prozent. Die Anbaufläche für Brotgetreide hat unter Berücksichtigung der Umpflügung insgesamt um 0,6 Prozent abgenommen. Im Gesamtanbau der

landwirtschaftlich genutzten Fläche ist jedenfalls gegenüber 1921 eine Zunahme festzustellen; gegen 1913 bleibt immerhin nach der statistischen Berechnung ein Rückgang der Gesamtanbaufläche um 4,1 Prozent und für Brotgetreide um 19,4 Prozent. Unberücksichtigt läßt aber die Statistik die Flächen, die in der Nachkriegszeit gerade erheblich umfangreicher geworden sind: die im Rahmen von Kleinbesitzungen landwirtschaftlich genutzten Böden. Man kann danach annehmen, daß tatsächlich in der Anbaufläche überhaupt kein Rückgang festzustellen ist, trotzdem seit 1913 durch die Industrie, Braunkohlengruben und dergleichen große Flächen der früheren landwirtschaftlichen Nutzung verlorengegangen sind. So liegen insgesamt Verhältnisse vor, deren sich die Landwirtschaft wahrlich nicht zu schämen braucht. Sie selbst will starke Mehrleistung. Die amtliche Politik aber verbietet es.

Gegen die Viehsteuer!

Der Gesetzentwurf zur Abänderung des Landessteuergesetzes veranlaßt den Reichs-Landbund, beim preussischen Landwirtschaftsminister und beim Reichsernährungsminister dahin vorstellig zu werden:

Dem Reichswirtschaftsrat liegt zurzeit ein Entwurf zur Abänderung des Landessteuergesetzes vor. In diesem Entwurf wird im § 130 die Erhebung einer Viehsteuer gestiftet. Wir haben gegen diese Besteuerung schwere Bedenken. Die Steuer auf Vieh, wie z. B. Zugvieh, ist eine Produktionsmittelsteuer. Mit demselben Recht könnte das Arbeitszeug eines Handwerkers der Steuer unterworfen werden. Die Viehsteuer stellt daher die einseitige Belastung eines, und dazu des wichtigsten, Produktionsstandes dar.

Der größte Teil aller Viehbestände Deutschlands befindet sich in der Hand des kleinen Besitzers. Zum Teil erfolgt die Viehzucht (z. B. Ziegenhaltung) auch nebenbei durch andere Berufe. Diese Kreise würden es als eine schwere Unbilligkeit empfinden, wenn sie für die Mühe der Viehhaltung auch noch besteuert werden würden, und dann ihre Viehhaltung einschränken. Die Abwälzung der Steuer auf den Verbraucher ist in den meisten Fällen nicht möglich, da die Preise nicht vom Landwirt, sondern vom Handel gemacht werden. Erfolgt sie in gewissen Grenzen trotzdem, so ist zu befürchten, daß nicht nur die Steuer, sondern ein wesentlich höherer Betrag infolge des Zwischenhandels auf den Verbraucher abgewälzt, mithin die schon an sich für die große Masse der Bevölkerung unerschwinglichen Fleischpreise noch weiter und über Gebühr in die Höhe getrieben werden. Die Steuer auf Vieh ist daher unsozial.

Aus den genannten Gründen bitten wir, auch dort, wo geeignet erscheinende Maßnahmen zu ergreifen, damit die Zulässigkeit der Besteuerung von Vieh nicht Gesetzeskraft erlangt.

Bei dieser Gelegenheit betonen wir erneut die Notwendigkeit, daß vor Herausgabe derartiger Gesetzentwürfe seitens des Reichsfinanzministeriums auch die Reichs- und Landesministerien befragt werden, denen die ressourcemäßige Vertretung der in Frage kommenden Erwerbszweige obliegt.

Zur Abwehrbewegung gegen Versailles.

Im Jahre 1919 wurde in Bremen der Volksbund „Retter die Ehre“ unter dem Vorsth des Dompredigers Hartwich begründet. Er hat sich im Kampfe gegen das Friedensdiktat von Versailles hohe Verdienste erworben und in der deutschen Abwehrbewegung zunächst in der Stellungnahme zu den Kriegsverbrechen und in der unermühten Beleuchtung der schwarzen Schmach Vorbildliches geleistet. Er war ja auch die erste Organisation, die von der deutschen Regierung immer wieder die Auffassung einer Gegenliste der feindlichen Kriegsverbrechen verlangte. Seit Anfang des Jahres freilich gilt die Hauptarbeit des Bundes dem Kampf gegen die Lüge von der deutschen Schuld am Kriege. Hier hat er zwei Werkschriften „Die große Lüge“ und „Die Kriegsschuld Englands“ in nicht weniger als neun Sprachen verbreitet. Die Kriegsschuld Frankreichs ist der Gegenstand des neuesten Aufklärungsbüchchens. In ihm wird, wie die Wochenchrift des Reichs-Landbunds hervorhebt, insbesondere der Bericht abgedruckt, den auf der Tagung der französischen Liga der Menschenrechte Louis Guetant, der Vizepräsident der Section Lyon, mit so starker Ueberzeugtheit erstattet hat, wie man sie bisher von einem Franzosen für unmöglich gehalten hätte. Guetant räumt dem im August 1914 begonnenen Krieg offen als einen französischen Eroberungskrieg ein. Er zeigt, daß die Ausgaben für Heer und Marine bei Frankreich und seinen Verbündeten unendlich höher waren als bei den Mittelmächten, und schenkt vor dem Ausspruch nicht zurück, daß die französischen Entschädigungsforderungen

gen durchaus Mißbrauch, Veranbarung und Viehhandlung. Anlagend ruft er seinen Volksgenossen das Wort von Michelet zu: „Einen Menschen morden ist ein Verbrechen, wie aber nennt man das, wenn ein Volk ermordet wird?“

Die innere Auflehnung des deutschen Volkes gegen das Friedensdiktat von Versailles nimmt fortgesetzt zu. In dieser Abwehrbewegung, deren Ausgang zum guten Teil die deutsche Zukunft ist, wird das hier kurz berührte neue Heft des Volksbundes „Retter die Ehre“ (Zentrale Bremen, Wielandstr. 13) besonders gute Dienste tun, zumal einzelne Stücke vom Volksbund unentgeltlich bezogen werden können.

Entwicklung der Kalipreise

ab 1. Juli 1922.

Es kosteten:	Kainit (13 % Kali)	Kalibüngesalz (40 % Kali)	Chlorkalium (50 % Kali)
	M.	M.	M.
am 1. Juli	25,22	144,40	201,50
ab 20. Juli	31,525	180,60	252,00
„ 9. August	38,61	240,00	327,50
„ 1. September	73,125	484,80	661,50
„ 1. Oktober	76,765	509,00	694,50
„ 10. Oktober	98,735	654,80	893,50
„ 3. November	184,665	1263,80	1724,50

Die Preise verstehen sich in Mark je Zentner ab Werk in Wagenladungen.

Bei der Beratung des neuen Getreideumlagegesetzes war bekanntlich die naive Auffassung vertreten worden, die Bindung der Getreidepreise rechtfertigte sich auch wegen der Stetigkeit der Kunsfängerpreise. Demgegenüber zeigt die obige Zusammenstellung, daß seit dem 1. Juli (Verabschiedung des Umlagegesetzes) die Kalipreise sechs- bis siebenmal erhöht worden sind. Gegenüber dem Grad der vorläufigen Gesamterhöhung erweisen sich in Westfalen der Landbundauffassung die in der Novelle zum Umlagegesetz festgelegten Umlagegetreidepreise für das erste Lieferungs- drittel abermals als ungenügend. Vielleicht äußert sich der Herr Umlageminister Prof. Fehr, der sogar nur eine Verdreifachung der Preise vom 1. Juli bewilligt wissen wollte, einmal dazu, wie bei dieser immer weitergehenden Entwicklung der Kunsfängerpreise die Kosten der Getreide-Wiedererzeugung gedeckt werden sollen.

Leben und Wissen.

— Verbreitung einer tödlichen Kinderkrankheit. An der spinalen Kinderlähmung, einer auch Erwachsene besallenden Krankheit, die als Schwester der Grippe angesprochen werden kann und seit einiger Zeit in der Gegend von Marburg epidemisch auftritt, sind auch in Kassel etwa zwanzig Personen erkrankt. In der Provinz Hessen-Nassau sind bereits verschiedene Todesfälle zu verzeichnen. Wie Professor Eduard Müller-Marburg, der sich besonders der Erforschung dieser Krankheit widmet, in einem Vortrag vor den Kasseler Ärzten erklärte, muß man ein und noch völlig unbekanntes „Erwas“, abgesehen von dem anstehenden Charakter des Leidens, zur Erklärung der Weiterverbreitung und der Entstehung der Epidemien annehmen. Die Durchschnittsterblichkeit bei frischer Kinderlähmung beträgt 15 %; bei Erwachsenen ist sie höher. Neuerdings tritt die Krankheit auch in Thüringen auf.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Ein Nachspiel zum Prozeß der Marburger Studenten. Im Februar 1921 fand in Marburg eine Volksversammlung statt, in der die Sozialdemokratin Henriette Fröhlich aus Frankfurt am Main über die Vorkommnisse bei der Niederwerfung des thüringischen Kommunistaufstandes nach dem Rapp-Bußsch sprach. Frau Fröhlich bezeichnete damals die Marburger Studenten als Nordhubs und die gegen sie ergangenen Urteile als einen Schandbild der deutschen Rechtsprechung. Daraufhin erhob die Staatsanwaltschaft in Marburg gegen sie die öffentliche Klage. Jetzt ist jedoch das Verfahren auf Grund des neuen Amnestiegesetzes eingestellt worden.

§ Der Überfall auf Maximilian Harden. Den unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Knüttelattentat gegen Maximilian Harden verhafteten Personen, Grenz und Weichert, ist jetzt die Anklagechrift zugeestellt worden. Die Anklage lautet gegen Weichert auf Beihilfe, gegen Grenz auf Anstiftung zum Mordversuch. Der Prozeß wird voraussichtlich Anfang Dezember in Berlin zur Verhandlung kommen. Der Haupttäter Anfermann ist noch immer flüchtig.

Rölnener Frühdevisen. Der Dollar — 8300

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat November 150,— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezugsnehmer und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Deutsche Volkspartei
Schalksmühle.

Einladung

zu dem am Mittwoch, den 15. Nov., 8 Uhr abends
im Kaffeehaus Schulz stattfindenden

Lichtbilder-Vortrag

über:

„Die Gefahren der Fremdenlegion“

Mitglieder und Freunde der Partei, besonders
aber die Jugend, laden wir ein. Eintritt wird nicht
erhoben

Der Vorstand.

Habe stets auf Lager:

Herren-Paletots Damen-Kleider
Herren-Anzüge Damen-Mäntel
Loden-Jacken Kostüm-Röcke
gestreifte Hosen Blusen usw.

Paul Schulte,
Halver-Obernherweg.

Alle Familien-Nachrichten

die zur Kenntnis weiterer
Kreise kommen sollen,
finden durch
den

Allgemeinen Anzeiger

und

Schalksmühler General-Anzeiger

die denkbar beste Verbreitung.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)

Pianos

Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.

Roth & Junius

Hof-Piano- und Flügelwerk
Hagen i. W.

Filliale: Berlin
Hardenbergstr. 14.
NB. Eintauch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten,
Stimmungen und Reparaturen.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilm. Bell jr., Halver.

Pelze

Bringe mein schön
sortiertes Lager in
allen
modernen
Pelzarten
zu mäßig. Preisen
meiner geehrten
Kundschaft von Ha-
gen und Umgegend
in empfehlende Er-
innerung.

Schöne Auswahl in
Pelzhüten.

Umarbeiten
nach neuest. Modellen

Pelzhäuser

H. Büttner,

Hagen, Elberfelderstr. 53

Telefon 2125.

Essen — Bielefeld

Altes Röhren-Blei

sowie sonstige Altmetalle
kauft laufend 2022

Firma Häusler,
Kierspe-Wh.

Telefon 143, Meinerzhagen.

Zum sofortigen Eintritt

suche ich einen

Spaten-

schleifer

bei dauernder Beschäftigung.

Ludwig Schröder,

Eisenwarenfabrik,

Schalksmühle i. W.

Breitemeister

„für den Hüttenhammer“

in Schalksmühle gesucht

Wohnung wird gestellt.

G. A. Winthaus,

Carthausen.

Wir suchen für sofort

oder in 14 Tagen einen

Fallhammer-

schmied

für schweren Hammer,

sowie einen

Hammerführer.

Dresbach & Cie.,

Halver i. W.

Zum baldigen Eintritt

1 Schleifer

und

1 Polierer

für Stahlblech-Spaten

gesucht.

Engstfeld & Co.,

G. m. b. H.,

Bollwerk.

Wohnungstausch!

Habe in Hagen i. W.

2 schöne Zimmer,

möchte selbige gegen 2 gleiche

in Kierspe eintauschen.

Vielleicht ist auch Serien-

tausch möglich. Interessenten

wollen sich in Verbindung

setzen mit

Apel & Scheele,

Klempnerei,

Kierspe-Wh.

Korbwaren

empfiehlt

Wilm. Bell jr., Halver.